

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
meine Damen und Herren,

wir bedanken uns bei Kämmerer Schorr und dem Geschäftsbereich Finanzen für die anschauliche Aufstellung des Haushaltes und für die kompetente Beantwortung unserer Fragen. Besonders gilt dieser Dank Frau Schimanski-Sippel und Herrn Heinze aus der Verwaltung. Auch danken wir den Ortsbeiräten für ihre interessanten Voten und die Bürgerschaft für die Benennung von Vorschlägen.

Offenbar gilt beim diesem Haushalt auch ein altes Sprichwort: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Alle drei Dezernenten lassen durch ihre Parteien CDU, Grüne und SPD den Haushalt durchwinken. Statt wirksam die eigenen Dezernate und die der Kollegen auf mögliche Sparpotentiale durchzuarbeiten, geht es nach dem Eindruck der OBG mehr um Erhaltung und weiteres Aufblähen der selbst verantworteten Bereiche.

Alle für unsere Stadt wichtigen Investitionsprojekte sind nicht in den Haushalt aufgenommen worden: Anbindung Weingärtenumgehung, Gefahrenabwehrzentrum, Sanierung Freibad, Sanierung Stadthalle und Rathausareal. Wichtige Projekte bleiben so ohne Mittel. Ein paar Planungskosten sind erfasst. Das ist zu wenig. Im Umgang mit diesen Projekten muss man den zuständigen Dezernenten ein klares „ungenügend“ ins Zeugnis schreiben. Besonders beim Gefahrenabwehrzentrum fühlt sich die OBG-Fraktion vom Magistrat getäuscht. Hieß es doch immer, man rechne mit Kosten zwischen 13 bis 15 Millionen Euro. Am 10. April dieses Jahres hat uns der Magistrat in einer Sitzung aller Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung den Bedarf- und Entwicklungsplan der Feuerwehren vorgelegt. Auch wurde das Raumbuch des Gefahrenabwehrzentrums ausführlich vorgestellt. Eine Frage nach den Kosten blieb unbeantwortet. Erst kurz vorm Sommer dieses Jahres haben die Stadtverordneten erfahren, dass die Gesamtkosten nun wohl bei 27 Millionen Euro plus Kosten für Unvorhergesehenes und erwartete Preissteigerungen liegen werden. Mittlerweile hat der Magistrat auf vielfache Rückfragen nun erklärt, dass die Kostenschätzung mit der Summe von 27 Millionen bereits am 31. Januar 2019 eingegangen sei. Die Mitglieder der OBG-Fraktion fühlen sich hier getäuscht und halten dies für ungeheuerlich. Diese wichtige Information hätte umgehend erfolgen müssen und hätte allerspätestens bei den Beratungen zum Bedarfs- und Entwicklungsplan bzw. bei der Vorstellung des Raumbuchs gegeben werden müssen. Sie ist wesentlich. Die Stadt hat kein Geld, und es gibt bisher keinen Finanzierungsplan für die Kosten des Gefahrenabwehrzentrums.

Die OBG hatte beantragt, dass die im Haushalt eingestellten Planungskosten für das Gefahrenabwehrzentrum unter einen Freigabevermerk der Stadtverordnetenversammlung gestellt werden. Wir planen die größte Einzelinvestition, die unsere Stadt jemals getätigt hat, wissen aber nicht, wie wir sie bezahlen sollen. Da ist es doch an sich selbstredend, dass wir mit der Verausgabung von Planungskosten sehr zögerlich sein müssen. Wir schließen uns der Meinung anderer Fraktionen nicht an, dass dies nicht erforderlich sei, da wir eine Arbeitsgruppe eingerichtet haben. Die hat doch keinerlei Entscheidungsbefugnis. Aus den Erfahrungen zum Hallenbadneubau wollen anscheinend nur wenige dieses Hauses Rückschlüsse für künftige Großprojekte ziehen.

Zum Stellenplan.

Knapp acht zusätzliche Stellen in der Kernverwaltung sollten geschaffen werden. Jetzt sind es nach den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss noch knapp sieben zusätzliche Stellen, da die wirklich notwendige Aufstockung der Stadtpolizei nicht vorgenommen werden soll. Erinnern wir uns an die Beratungen und Beschlüsse zur Umsetzung des „Konzeptes für neue Schwerpunktsetzung bei der Ordnungspolizei“ von vor zwei Jahren. Hier hatte die Stadtverordnetenversammlung am 16. November 2017 beschlossen, dass zwei zusätzliche Stellen bei der Stadtpolizei zu schaffen und zu besetzen

sind. Passiert ist hier bisher nichts, obwohl der zuständige Dezernent seinerzeit deutlich gemacht hatte, dass die neue Schwerpunktsetzung auch im Hinblick auf das Thema Sicherheit nur mit diesen beiden neuen Stellen umgesetzt werden könne.

Zurück zum Stellenplan. Sieben neue Stellen in der Kernverwaltung. Bei der Haushaltslage ist das ein Ding der Unmöglichkeit. Die neuen Stellen sind zwar detailliert begründet, aber aus Sicht der OBG sind die anderen rund 220 Stellen der Kernverwaltung nicht ausreichend hinterfragt worden. Wir hören immer wieder bei den Beratungen, dass Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst nicht so einfach zu versetzen sind, wie es in der Privatwirtschaft ginge. Das mag ja zutreffend sein. Aber die Arbeitswelt und die Tätigkeiten ändern sich immer rasanter und werden differenzierter. Die Aufgabenbeschreibungen ändern sich mit, und wenn Aufgaben entfallen sollen und nicht entfallen können, da es Stelleninhaber gibt, die nicht versetzt werden können, liegt hier ein systemischer Fehler zu Grunde, den sicherlich nicht die Stadt Oberursel alleine zu verantworten hat, aber dies lässt ja nur eine Rückfolgerung zu: Wenn das Personal nicht an den aktuell erforderlichen Stellen eingesetzt werden kann, muss auf mehr Fremdleistung zurückgegriffen werden. Je mehr Personal aufgebaut wird, umso weniger scheint es notwendig, sich auf geänderte Rahmenbedingungen einzustellen. Um hier noch mal Klartext zu reden, es geht uns beileibe nicht um bestimmte oder einzelne Personen, sondern ums Ganze.

Da ist weiter die Kinderbetreuung durch städtische Einrichtungen.

Auch nach einer fast unendlich tagenden Kommission „Vergleichende Prüfung Kinderbetreuung“ gibt es kaum Ergebnisverbesserungen. Die durch die Einrichtungen der Stadt betreuten Kinder kosten das Doppelte wie Betreuungsplätze, die durch freie Träger bereitgestellt werden. Hier wird die OBG-Fraktion zeitnah einen Prüfantrag einreichen. Es kann nicht sein, dass uns Kinder in Obhut der städtischen Einrichtungen doppelt so viel Steuergeld wert sind. Die Stadt muss bereit sein, sich selbst zu entmachten und die Betreuung in kostengünstigere Hände zu geben.

Kommen wir zum Beratungslauf dieses Haushalts.

Der Magistrat legte uns seinen Haushaltsentwurf mit Haushaltsrede von Herrn Schorr vor. Dann ging es in die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss. Eine Veränderungsliste der Verwaltung wurde vom Kämmerer vorgestellt. In dieser Veränderungsliste der Verwaltung lassen sich typischerweise Haushaltspositionen auffinden, die auf Grund von veränderten Rahmenbedingungen oder veränderten Rechnungsgrundlagen zu aktualisieren sind, also mehr technische Veränderungen. Nun fanden sich in der ersten Version dieser Liste auch Positionen wie zum Beispiel eine Kürzung von 30.000 Euro bei den Zuschüssen an Vereine. In der zweiten Version dieser Liste fanden sich dann Leistungen, die bei den Haushaltsberatungen bereits durchgewunken waren. Wozu braucht man dann ganztägige Ausschussberatungen?

Der dicke Hammer ist aber, dass der Kämmerer am 5. November eine Pressemitteilung mit dem Titel „Neuberechnung des städtischen Haushalts“ in Umlauf gebracht hat.

Zitat 1: „Für den 07.11.“, den Termin der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, „kann festgehalten werden, dass einerseits die Änderungsliste der Verwaltung so groß wie noch nie war, andererseits, dass in dieser Liste die Empfehlung ausgesprochen wird, den Hebesatz der Grundsteuer B auf 770 Punkte festzusetzen.“

Geht's noch? Die Verwaltung schlägt andere Steuersätze vor, als sie der Magistrat beschlossen hat?

Zitat 2: „Die Fraktionen haben bereits ihre Vorschläge für den Haushalt 2020 eingereicht. „Die unterschiedlichen Anträge haben ebenfalls noch Potential zur Defizitsenkung, das würde dann direkt in eine weitere Hebesatzsenkung umgerechnet“, so der Stadtkämmerer.

Soll jeder Fraktionsantrag nun automatisch zu Steuersatzänderungen führen? Möglicherweise könnte es auch zu anderen Entscheidungen der Stadtverordneten kommen, aber der Kämmerer meint die Abstimmungen bereits vorab bestimmen zu können.

Ganz ehrlich. In den vergangenen Tagen gab es zahlreiche Berichte zum 30. Jahrestag des Mauerfalls. Ich kann hier im Vorgehen schon einige Parallelitäten zum Politbüro feststellen. Einige Wenige kaspert was aus, und der Rest ist nur zum Abnicken da. Die Parteien der Dezenten spielen dieses Spiel mit. Aus Sicht der OBG ist das Vorgehen zum Haushalt nicht akzeptabel. Wenn ein Haushalt neu berechnet wird, erwarten wir durch Magistratsbeschluss bestätigte Vorschläge des Magistrats und nicht Empfehlungen aus einer Liste, für die es keine Legitimation gibt. Klar, die regierenden Parteien wollen die Liste per Änderungsantrag durchsetzen; aber die saubere Lösung wäre hier, entsprechende Einzelanträge zum Haushalt zu stellen, sofern es nicht nur technische Änderungen sind. Wir sind gespannt, ob die ehrenamtlichen Stadträte sich das Heft ganz aus der Hand nehmen lassen. Bestes Beispiel aus jüngster Vergangenheit sind die Friedhofsgebühren. Hätte die OBG hier nicht hartnäckig nachgebohrt, würden für alle Beerdigungen nun jeweils mehrere tausend Euro zu viel den Hinterbliebenen berechnet werden.

Fazit:

Oberursel hat ein Ausgabenproblem. Die Einnahmen sprudeln zwar stark, aber die Konjunktur lässt nach, und dies wird sich mittelfristig auch bei den Einnahmen der Stadt negativ auswirken. Das gelebte Vorgehen der von den Grünen geduldeten Koalition, die nach der Kommunalwahl offenbar die SPD in der Koalition ablösen wollen, unter die Ausgaben einen Strich zu ziehen und einfach an der Steuerschraube zu drehen, ist inakzeptabel. Wichtige Investitionen finden sich bis auf ein paar Planungskosten nicht im Haushalt. Das Wohnen wird für alle weiter verteuert. Die Dezenten verteidigen ihre Pfründe, statt auf das Ganze zu achten. Der Kämmerer hat sich erneut nicht getraut, wirksame Einsparpotentiale zu benennen, und zeigt lieber weiter auf andere. Insofern ist die Entscheidung der Koalition, die Stelle des Kämmerers nach seiner Beförderung zum stellvertretenden Landrat nicht neu zu besetzen, nachvollziehbar. Wie soll diese chronisch klamme Stadt auf annehmbare Steuersätze für Einwohner und Unternehmen kommen, wenn der dafür zuständige Dezent nicht ersetzt wird? Erst nach der Kommunalwahl 2021 soll unter den dann herrschenden neuen Mehrheiten die Stelle neu vergeben werden. Der Bürgermeister wird sich ja noch erklären müssen, wer künftig für die Finanzen zuständig sein wird. Große und sogar auch kleine Würfe bei der Finanzplanung können nicht erwartet werden, was aber dringend von Nöten wäre.

Die OBG fordert das Stadtparlament auf, diesem Treiben ein Ende zu setzen. Stimmen Sie gegen diesen Haushalt, und sorgen sie mit dafür, dass uns der Magistrat einen annehmbaren Haushalt mit angemessener Steuerbelastung für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt vorlegt.

Den im Ausschuss abgelehnten Antrag zur Einführung der Zweitwohnsitzsteuer bringen wir heute erneut ein und werden ihn dann auch noch kurz begründen. Dem Wirtschaftsplan des BSO können wir durch die kürzlich erst bekanntgewordenen Mehrkosten für den Bauhof in Millionenhöhe nicht zustimmen, da wir mit dem Verkauf von städtischen Grundstücken als Gegenfinanzierung nicht einverstanden sind.

Danke fürs Zuhören.